

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

7. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Juni 2000, 9:30 Uhr,  
in den Räumen des Landesrechnungshofs

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

in Vertretung von Reinhard Sager

Berndt Steincke (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Außerplanmäßiger Bedarf infolge Schadensersatzforderung der Bremer Landesbank gegen das Land Schleswig-Holstein wegen einer amtspflichtwidrigen Notarprüfung</b>	<b>4</b>
Vorlage des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie Umdruck 15/62	
<b>2. Antrag gemäß § 10 a LHO für das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein hier: Kenntnisnahme des Berichts über die Inanspruchnahme von Flexibilitäten im vierten Quartal des Haushaltsjahres 1999</b>	<b>5</b>
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/52	
<b>3. Neuordnung des Beschaffungswesens in der Landesverwaltung und Errichtung einer Zentralen Beschaffungsstelle in der GMSH</b>	<b>6</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdrucke 15/31, 15/53 und 15/107	
<b>4. Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 16. bis 18. Mai 2000</b>	<b>8</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/49	
<b>5. Aktueller Sachstand der Bemühungen um die Veräußerung des Kieler Schlosses</b>	<b>9</b>
<b>6. Information/Kenntnisnahme</b>	<b>10</b>
<b>7. Besuch des Finanzausschusses beim Hanse-Office in Brüssel vom 15. bis 18. Juli 2000</b>	<b>11</b>
<b>8. Verschiedenes</b>	<b>12</b>

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Außerplanmäßiger Bedarf infolge Schadensersatzforderung der Bremer Landesbank gegen das Land Schleswig-Holstein wegen einer amtspflichtwidrigen Notarprüfung**

Vorlage des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie  
Umdruck 15/62

Ref. Jagusch antwortet auf eine Frage des Abg. Stritzl, dass die außerplanmäßige Ausgabe aus dem Titel 0901-681 02 bezahlt werde.

P Dr. Korthals merkt zunächst an, dass die außerplanmäßige Ausgabe bereits als Ausgabeposition im Haushalt 2000 hätte veranschlagt werden können und müssen. Er führt weiter aus, dass die Prüfungstätigkeit der Landgerichte einer Prüfung durch den Landesrechnungshof unterzogen werde mit dem derzeitigen Erkenntnisstand, dass Prüfungsfristen „in bedenklicher Weise“ nicht eingehalten werden und dass mit weiteren Schadensersatzforderungen zu rechnen sei.

Auf eine Frage der Vorsitzenden antwortet Ref. Jagusch, dass von Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein überarbeiteter Entwurf einer Dienstordnung für Notare vorgelegt worden sei, der nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand noch vor der Sommerpause umgesetzt werden könne.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Antrag gemäß § 10 a LHO für das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein**

**hier: Kenntnisnahme des Berichts über die Inanspruchnahme von Flexibilitäten im vierten Quartal des Haushaltsjahres 1999**

Vorlage des Innenministeriums

Umdruck 15/52

St Döring bezeichnet es als lobenswert, dass 110.000 DM der Rücklage zugeführt werden, stimmt aber Abg. Stritzl darin zu, dass der Vorgang eine Haushaltsabwicklung, nicht aber ein Controlling darstelle und damit weder dem Sinn des § 10 a LHO noch dem Inhalt moderner Steuerungsinstrumente entspreche. In diesem Bereich gebe man sich sehr viel Mühe - so betont St Döring -, aber auf Grund der Vorgaben könne anderes nicht geleistet werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Neuordnung des Beschaffungswesens in der Landesverwaltung und Errichtung einer Zentralen Beschaffungsstelle in der GMSH**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdrucke 15/31, 15/53 und 15/107

St Döring erläutert die vorgesehene Neuordnung des Beschaffungswesens in der Landesverwaltung auf der Grundlage der dem Ausschuss vorliegenden Umdrucke.

Abg. Stritzl möchte wissen, ob die vorgelegte Landesbeschaffungsordnung unter europarechtlichen Gesichtspunkten geprüft worden sei. AL Schmidt-Elsaëber antwortet, dass im Zuge der Vorbereitungen der Kabinettsberatungen entsprechende Prüfungen vorgenommen worden seien; rechtliche Bedenken hätten sich dabei nicht ergeben. - Abg. Stritzl bittet um Übersendung der schriftlichen Stellungnahme der Landesregierung.

MDgt Pätschke wirft ein, der Landesrechnungshof sehe an dieser Stelle einen gewissen Schwachpunkt, könne aber genaue Angaben über das Ergebnis der derzeit laufenden Prüfung nicht machen.

Abg. Heinold bittet, dem Ausschuss zusammen mit dem Haushaltsentwurf 2001 eine Übersicht über die Zahl der in den Einzelplänen auszubringenden kw-Vermerke oder über die Reduzierung des Personalkostenbudgets zuzuleiten.

Auch Abg. Gröpel spricht sich dafür aus, diese Thematik im Zuge der Haushaltsberatungen 2001 zu besprechen, und Abg. Neugebauer bittet, dem Finanzausschuss spätestens mit der Nachschiebeliste zum Haushaltsentwurf 2001 die Auswirkungen der Neuordnung des Beschaffungswesens und der Errichtung einer Zentralen Beschaffungsstelle in der GMSH schriftlich darzulegen. - St Döring merkt dazu an, dass sich die Landesregierung selbstverständlich bemühen werde, die ins Auge gefassten Maßnahmen so zügig wie möglich umzusetzen; ob dies allerdings bis zum Zeitpunkt der Vorlage der Nachschiebeliste möglich sein werde, vermöge er im Moment nicht zu übersehen.

Abg. Arp steht auf dem Standpunkt, dass die in der Landesbeschaffungsordnung verankerte Frauenförderung der von der Landesregierung behaupteten Akzeptanz der Neuordnung des Beschaffungswesens entgegenstehe, wenn ein Frauenförderplan bereits bei einem Auftragsvo-

lumen von 20.000 DM zur Vertragsbedingung gemacht werde. Für derartige Aufträge könnten demnach bereits Kleinstbetriebe in Betracht kommen. Dies aber sei mittelstandsfeindlich und entspreche nicht den Prinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit. Abg. Arp bittet um eine Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums.

Abg. Stritzl greift eine Bemerkung des Abg. Neugebauer auf, wonach die Koalitionsfraktionen in der heutigen Sitzung entscheidungswillig und -fähig seien, und betont, dass ihm zunächst an einer Klärung der Thematik unter europarechtlichen Gesichtspunkten gelegen sei. P Dr. Korthals stellt klar, dass ein Zustimmungserfordernis des Finanzausschusses nicht gegeben sei.

Abg. Neugebauer geht auf die Bemerkung des MDgt Pätschke zur Prüfung der Angelegenheit unter europarechtlichen Aspekten ein und stellt infrage, dass es zu den Aufgaben des Landesrechnungshofs gehöre, die EU-Konformität von Förderrichtlinien zu prüfen. Wichtig sei es für ihn auch festzuhalten, dass es nicht in die Zuständigkeit des Landesrechnungshofs falle, die politische Sinnhaftigkeit einer Maßnahme zu hinterfragen. - P Dr. Korthals widerspricht dieser Aussage; nach seiner Auffassung gehöre es selbstverständlich zu den Aufgaben des Landesrechnungshofs, in Wahrnehmung seiner Beratungsfunktion auf Schwachpunkte hinzuweisen.

Abg. Astrup kommt auf die von Abg. Arp angesprochene Frauenförderung zurück und empfiehlt, den Entwurf des Formblattes zur Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe an frauenfördernde Maßnahmen gründlich zu studieren. Es werde sich dann ergeben, dass jeder „normale“ mittelständische Betrieb in der Lage sei, den Vorgaben zu entsprechen und „aus allen vier Maßnahmegruppen eine Maßnahme oder insgesamt vier Maßnahmen“ nachzuweisen.

Der Antrag des Abg. Stritzl, in der heutigen Sitzung über die Vorlage nicht abzustimmen, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Dem Abschluss des Beschaffungsvertrages, Umdruck 15/31, stimmt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen drei Stimmen der CDU bei einer Enthaltung der CDU zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom  
16. bis 18. Mai 2000**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/49

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Aktueller Sachstand der Bemühungen um die Veräußerung des Kieler Schlosses**

St Döring gibt einen kurzen Überblick über die Bemühungen um die Veräußerung des Kieler Schlosses und betont dabei, dass die Landesregierung von sich aus auf den Finanzausschuss zugekommen wäre, wenn die Angelegenheit entscheidungsreif wäre. Er kündigt weiter an, dass die Landesregierung im Zuge der Nachschiebeliste eine haushaltsgesetzliche Ermächtigung zur Veräußerung des Kieler Schlosses vorlegen werde.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Der Ausschuss nimmt die folgende Vorlage zur Kenntnis:

Umdruck 15/57 - Leasingkonzept - LEG

Zu Umdruck 15/63 - Grundlagenpapier Zielbildung und -definition:

Die Vorlage soll als gesonderter Punkt in die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses aufgenommen und im Zusammenhang mit der Thematik „Modernisierungsprojekte“ behandelt werden.

Zu Umdruck 15/84 - OWAG:

Die Vorlage soll als gesonderter Punkt in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 29. Juni 2000 aufgenommen werden. - Abg. Stritzl bittet um Einsicht in die Unterlagen über die rechtliche Prüfung der Angelegenheit.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Besuch des Finanzausschusses beim Hanse-Office in Brüssel  
vom 15. bis 18. Juli 2000**

Die Vorsitzende teilt mit, der Ältestenrat habe sich darauf verständigt, dass Landtagsausschüsse die Möglichkeit haben müssten, in ihrer Gesamtheit Reisen durchzuführen, die ohne Selbstbeteiligung der Ausschussmitglieder vom Landtag voll finanziert werden, da es zum Selbstverständnis des Parlaments gehöre, sich vor Ort zu informieren und seine Interessen zu artikulieren; dem Parlament obliege es allerdings, in den bevorstehenden Haushaltsberatungen die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen. In einem Gespräch der finanzpolitischen Sprecher mit der Verwaltungsspitze des Landtages sei Abg. Neugebauer beauftragt worden, den Entwurf eines interfraktionellen Antrages vorzubereiten.

Im Folgenden gibt die Vorsitzende den Entwurf eines Terminplans für den Besuch des Finanzausschusses beim Hanse-Office in Brüssel bekannt; er wird vom Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen gebilligt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### Verschiedenes

- a) Abg. Stritzl spricht die in der Pressemitteilung der Landesregierung vom 31. Mai 2000 zum Thema **Haushaltseckwerte 2001** erwähnte Umwandlung des Haftkapitals in stimmberechtigtes Stammkapital der Landesbank an. St Döring stellt heraus, dass die Überlegungen noch nicht abgeschlossen seien und dass die von der Landesregierung beschlossenen Eckwerte noch keinen Haushaltsentwurf darstellten. Selbstverständlich werde die Landesregierung zu gegebener Zeit zu der angesprochenen Problematik Stellung nehmen.
- b) St Döring antwortet auf eine Frage des Abg. Stritzl zum Thema **Veräußerung von LEG-Anteilen**, das ebenfalls in der Pressemitteilung der Landesregierung vom 31. Mai 2000 angesprochen worden ist, dass wegen des sehr zeitaufwendigen Verfahrens eine Verlagerung in das Jahr 2001 erforderlich sei. Der im Haushalt 2000 veranschlagte Einnahmebetrag von 100 Millionen DM werde zum einen durch Mehreinnahmen, zum anderen durch eine restriktive Mittelbewirtschaftung kompensiert werden.
- c) Abg. Arp nimmt Bezug auf Presseveröffentlichungen über den **Insolvenzantrag der Peterswerft in Wewelsfleth** und erkundigt sich nach Überlegungen der Landesregierung, den Aspekt der Schiffbauförderung neu zu überdenken und über eine Bundesratsinitiative auf eine Änderung der erst 1998 novellierten Bestimmungen hinzuwirken.

St Döring merkt an, er vermöge sich nicht die Wiederherstellung der alten Rechtslage vorzustellen, ohne dass gleichzeitig eine Entscheidung darüber getroffen werde, an welcher Stelle es im Haushalt zu Kompensationen kommen könne. Eine Betrachtung der Problematik der Peterswerft ausschließlich unter steuer- oder haushaltspolitischen Gesichtspunkten halte er für verfehlt - so betont St Döring -, sagt aber zu, wenn es gewünscht werde, zu der Thematik insgesamt unter Mitwirkung des Wirtschaftsministeriums in nicht öffentlicher Sitzung Auskunft zu geben.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Kähler

gez. Breitkopf

Vorsitzende

Geschäfts- und Protokollführer